

Habe mir einige Gedanken über das Sparen gemacht und mein Referat unter den Titel gestellt:

**Sparen ja,
aber nicht um jeden Preis
und schon gar nicht zu Lasten unserer Kinder**

Es gibt wohl kein Thema, welches die Wirtschaft und die Politik, aber auch unser persönliches Umfeld in den letzten Jahren so beschäftigt und beansprucht hat, wie das Sparen. Wirtschaftskapitäne und vorab bürgerliche Politiker werden nicht müde, die Zeiten schwarz zu malen und uns die Zukunft zu vergraulen. In der Wirtschaft wird das Thema Sparen herangezogen um Stellenabbau zu begründen, obwohl fast meistens der Grund darin liegt, dass lediglich die angestrebte Gewinnmasche nicht mehr im zweistelligen Prozentbereich daherkommt. Dass gleichzeitig Löhne und Abfindungen von Managern und Verwaltungsräten in schon fast strafbarem Ausmass steigen, wird nicht kommuniziert. Dass der Bund unsere Landwirtschaft weiterhin mit Milliarden subventioniert, erinnert eher an die ehemalige russische Planwirtschaft, als an Wirtschaftlichkeit und die viel zierte „Freie Marktwirtschaft“. Dass wir in eine Armee investieren, welche ebenfalls Milliarden von Franken vergeudet, wird in der allgemeinen „Sparhysterie“ ebenfalls nicht erwähnt. Unser

Gesundheitswesen sei das teuerste wird moniert und deshalb müsse auch hier zwingend eingespart werden. Dass jedoch unsere, teilweise in der Schweiz erforschten Medikamente, im angrenzenden Ausland bis zu 50% billiger zu haben sind, wird nicht erwähnt. Dass wir unsere Krankenkassenbeiträge immer noch per Kopfprämie bezahlen und damit im europäischen Vergleich einmalig sind, wird ebenfalls vergessen. Es gäbe noch viele Beispiele, welche aufzeigen, dass es ausser Sparen noch andere Möglichkeiten gibt, Entwicklungen zu beeinflussen. Was die Sparer vom Dienst weiter meiden, wie der Teufel das Weihwasser, sind zusätzliche Einnahmen über Steuern oder Abgaben, vermehrte Steuerkontrollen bei Betrieben und die Abschaffung von Sondervergünstigungen und einseitigen Privilegien. Von solchen Vorschlägen welche unseren Finanzhaushalt markant entlasten würden, wollen sie nichts wissen. Der künftigen Entwicklung soll nicht mit zusätzlichen Einnahmen, sondern ausschliesslich mit zusätzlichem Sparen, Rechnung getragen werden. Im Jahre 2002 sind nicht etwa die Ausgaben explodiert, sondern die Einnahmen des Bundes sind, auch rezessionsbedingt massiv eingebrochen. In Kenntnis dieser Einnahmenerosion wurde im Frühjahr 2003 ein Steuerpaket geschnürt, gegen welches Gott sei Dank das Referendum ergriffen wurde. Sollte

das Volk dies jedoch im Mai dieses Jahres absegnen, würde dies nochmals Ausfälle in Milliardenhöhe bei Bund, Kantonen und Gemeinden nach sich ziehen. Hier einige Beispiele von bereits beschlossenen und geplanten Massnahmen des Bundes, *allein, allein*, im Sozial- und Steuerbereich. *Familien*; das Steuerpaket des Bundes sieht vor, dass Bezüger höherer Einkommen tiefere Steuern bezahlen müssen. Geschenk an die Begüterten: 1220 Millionen Fr. pro Jahr. *Dazu ein Beispiel; Eine Familie mit einem Einkommen von 500`000.- Franken erhält eine Steuererleichterung von 7`000.-. Eine Familie mit 60`000.- nur 100.-. Eigenheimbesitzer*; Bei der Eigenheimbesteuerung ist durch die Abschaffung von Eigenmietwert und Schuldzinsenabzug ein Systemwechsel geplant. Geschenk an die Hausbesitzer; 430 Millionen Fr. pro Jahr. *Bausparer*; Sie können die Sparbeträge fürs Eigenheim von der Steuer absetzen – pro Person maximal 6033 Franken im Jahr. Geschenk an die künftigen Hausbesitzer; 50 Millionen Fr. pro Jahr. *Investoren*; Die Stempelabgaben auf Wertpapieren und Versicherungspolice werden gesenkt. Geschenk an die Reichen; 310 Millionen pro Jahr. *Steuerhinterzieher*; Eine Steueramnestie soll die Reichen dazu bringen, ihre schwarzen Vermögen nachträglich zu deklarieren (anstatt sie zu bestrafen).

Geschenk an die Vermögenden; zwischen 300 bis 500 Millionen Fr. Ist dies nun das Sparen, wie wir dies verstehen? Ich stelle euch nun das Sparen dieser durch die National- Ständerats- und Bundesratswahl gestärkten rechten Regierung vor. *Arbeitslose*; die bis 55-Jährigen erhalten nur noch 400 statt 520 Taggelder. Einsparung; 415 Mio. pro Jahr. *Frauen*; Ihr Rentenalter wird mit der 11. AHV-Revision auf 65 Jahre angehoben. Einsparung; 445 Mio. pro Jahr. *Rentner*; Aussetzung des Mischindex bei der AHV im Jahr 2006 (*einmalig*). Einsparung; 110 Mio. *Kranke*; Die Franchise wird von 230 auf 300 und der Selbstbehalt von 600 auf 700 Franken erhöht. Einsparung; 250 Mio. pro Jahr. *Witwen*; Die Witwenrenten werden mit der 11 AHV-Revision massiv gekürzt. Einsparungen; 120 bis 250 Mio. pro Jahr. *Pensionskassenversicherte*; Einführung eines Mindestzinssatzes von zwei statt drei Prozent. Einsparung von 2500 Mio. Fr. Dann kommt noch die anstehende gesamte 11. AHV-Revision und Couchepins Vorschlag zur Erhöhung des Rentenalters für alle. Dies sind jedoch nur ein Teil deren Sparvorschläge. Sparmassnahmen treffen jedoch sozial Schwache immer ungleich härter als andere. Als Grossrat des Kantons Aargau möchte ich mich auch noch kurz zur Situation in unserem Kanton äussern. Neben den unsäglichen Überwälzungen von Bundeskosten auf den

Kanton, wurde es in der Vergangenheit unter anderem auch versäumt, die Gelder der Pensionskassen unseres Staatspersonals in eine speziell dafür vorgesehene Kasse einzubezahlen. Diese Gelder, immerhin rund 900 Millionen fehlen uns heute. Die Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken, bei welcher es höchste Zeit ist, dass man diese angeht, schlägt ebenfalls mit mindestens 445 Millionen zu buche. Ansonsten steht unser Kanton im Vergleich mit anderen Kantonen nicht nur gut, sondern sehr gut da und zwar nicht nur bezüglich Ausgaben sondern auch bezüglich Steuerbelastung. (*an dritter Stelle CH*) Da Zürich zum Beispiel, eine viel höhere Steuerbelastung als der Kanton Aargau und noch eine weit höhere als Zug und Schwyz aufweist, müsste doch, gemäss der Logik der Spar- und Abbaupolitiker, der Kanton Zürich dadurch in grösste Schwierigkeiten geraten. Sämtliche dort ansässigen Firmen müssten eigentlich von dort abwandern, nach Zug, Schwyz und sogar in unseren Kanton Aargau. Für die Standortattraktivität eines Kantons sind also nicht Steuererleichterungen alleine entscheidend. Gute Infrastruktur, hoch qualifizierte Arbeitsplätze, gute Ausbildungsmöglichkeiten und ein ansprechendes Kulturangebot sind gleichwertige unerlässliche Voraussetzungen zur Standortwahl. All dies kann sich natürlich nur ein starker Staat

leisten, der über genügend Mittel verfügt. Was macht der Kanton Aargau, er reduziert per Gesetz die Steuereinnahmen und gewährt der Wirtschaft seit 12 Jahren einen zusätzlichen Steuerrabatt. (*Was zu jährlichen Ausfällen von rund 18 Mio. Fr. führt*) Durch solche und weitere Reduktionen, ist er nicht mehr in der Lage, seine Kernaufgaben ausreichend zu finanzieren. Um dieser Malaise zu entkommen, wird die Qualität vieler Aufgaben reduziert, Aufgabenbereiche inklusive deren Kostenfolge, auf die Gemeinden verschoben oder gar weg gespart. Grosse Teile der geplanten Sparmassnahmen, welche uns als so genannte Entlastungsmassnahmen verkauft werden, stellen keine echten Einsparungen dar, sondern sind Verschiebungen in die Zukunft, zu Lasten sozial Schwacher, führen zu markantem Leistungsabbau oder sind eben Abschiebungen an die Gemeinden. Diese Entlastungsmassnahmen in der Höhe von rund 790 Mio. Fr. welche in der Zeit von nur drei Jahren eingespart werden sollen, entpuppen sich bei genauerem hinsehen als effektive **Be-**lastungsmassnahmen. Das staatliche Handeln hat sich nach meinem Verständnis jedoch primär nach den Bedürfnissen der Gesellschaft und des einzelnen Menschen zu richten. In dieser überstürzten und kurzfristigen unüberlegten Sparoptik liegt nämlich die Gefahr, dass wichtige anstehende Investitionen

abgewürgt und dafür Massnahmen in die Wege geleitet werden, welche mittel- und langfristig grosse Schäden anrichten.

Mir wird aus bürgerlichen Kreisen immer wieder vorwurfsvoll zugerufen; „ wir dürften doch unseren Kindern keine Schulden überlassen!“ Dem kann ich teilweise zustimmen. Wenn damit das Abschieben von Schuld in Bezug auf das Atommüllabfallproblem gemeint ist stimme ich dem sogar zu 100% zu. Wenn damit die enorme Schuldenbelastung bezüglich gemachter Umweltsünden gemeint ist geht dies ebenfalls in Ordnung. Was jedoch die rein finanziellen Schulden anbelangt teile ich die Ansicht nur teilweise. Dazu ein Beispiel: „Ich kaufe mir mit 30 Jahren ein Haus und verschulde mich dabei mit 500`000 Franken bei der Bank. Es gibt nun zwei Möglichkeiten, meinen Kindern nach rund 30 Jahren dieses Gebäude zu übergeben. 1te; Ich amortisiere in diesen Jahren die ganze Schuld, muss dabei jedoch zwangsläufig, auf jeglichen Unterhalt verzichten. Sie „erben“ dann von mir, resp. meiner Frau und mir, ein schuldenfreies Gebäude in das durch das lecke Dach Wasser eindringt, deren Fenster nicht mehr ganz schliessen, dessen Sanitärinstallationen und Kamin undicht sind und an deren Wänden die Farbe abblättert. Aber, aber schuldenfrei. 2te Möglichkeit; ich amortisiere nur einen Drittel der anstehenden Schuld. Ich behebe jedoch mit

dem restlichen Geld alle auftretenden Mängel. Das Dach wird durch den Dachdecker saniert. Der Fensterbauer repariert die defekten Fenster. Die sanitarischen Anlagen werden wo nötig ersetzt oder repariert und der Kaminbauer schaut zum Kamin und der Maler achtet darauf, dass die Aussenhülle der Fassade sauber daherkommt. Während all dieser Zeit, habe ich für viele Gewerbetreibende Arbeit und Auskommen geschaffen. Diese wiederum konnten dadurch Arbeiterinnen und Arbeiter und was noch wichtiger ist, Lehrlinge ausbilden, resp. beschäftigen. Aber, aber ich hinterlasse meine Kindern eine Schuld von gegen 350`000 Franken. Man überlege und rechne. Was will ich damit sagen, wert-erhaltende Investitionen und darunter gehört nicht nur Strassen- und Wohnungsbau, sondern auch Bildung und Kultur erfordern heute finanzielle Mittel, welche es nicht möglich machen, diese innerhalb einer Generation abzutragen. Natürlich können und dürfen wir unseren Kindern nicht finanzielle Schuldenberge auftürmen, welche gar nicht mehr abbaubar sind. Wenn dies jedoch Schulden sind, von welchen sie in dieser oder anderer Form schon selber, DIREKT, direkt profitiert haben, (siehe mein Beispiel des Gebäudeunterhalts) denke ich, dass dies verkraft- und zumutbar ist. Wenn wir uns jedoch, auf die von den bürgerlichen

Sparaposteln gebetsmühlenartig vorgetragenen Sparzwangsmassnahmen einlassen, untergraben wir eine zukunftsorientierte Entwicklung. Sparen in der Bildung gefährdet die Zukunft unserer Kinder und generiert enorme Folgekosten. Sparen im Gesundheitswesen birgt die Gefahr einer höheren Sterblichkeit. Sparen im Umweltschutz führt zu schlechter Luft, mehr Lärm, schlechterem Wasser, zum Aussterben der Artenvielfalt, zu mehr Immigration und zur Verschlechterung unseres Alltages im allgemeinen. Sparen bei der Sicherheit führt zur Verrohung des Alltags, Sparen bei der Forschung führt zu gravierenden Wettbewerbsnachteilen. Sparen bei der Kultur, führt zur Vereinsamung und Entwurzelung usw. usw. Zu dem wird nicht alles, was von den bürgerlichen bei uns als Luxus bezeichnet wird, von uns auch als solchen betrachtet. Sie, die sich mit ihrem Geld praktisch alles möglich machen können, kennen die Bedürfnisse von uns, nach nur etwas mehr Lebensqualität gar nicht. Auch hat sich durch die Veränderung und die rasante Entwicklung in allen Lebensbereichen die Situation gegenüber dem viel beschworenen *Früher*, markant verändert. Dies wirkt sich auch auf unser Verhalten aus und beängstigt uns nämlich mehr als wir wahrhaben wollen. Diese Angst, äussert sich zum Teil auch darin, dass die Schweiz die niedrigste Geburtenziffer

aufweist. Für eine Erneuerung der Generationen wären 2,1 Kinder nötig. (*ich weiss, diese Zahl, 2,1 für Kinder, tönt schrecklich*) Bei uns hat die Kinderzahl auf 1,4 pro Frau abgenommen. Ein weiterer Grund dazu ist sicher auch, dass unser Land bezüglich Familienfreundlichkeit immer noch ein Entwicklungsland ist und bleiben wird, sollten sich die Forderungen der SP nach familienergänzender Förderungsmaßnahmen, nach flexibleren Arbeitsformen, nach teilweise bezahlter Erziehungs- und Betreuungsarbeit und einer Mutterschaftsversicherung welchen diesen Namen auch verdient, nicht umsetzen lassen. Ein zusätzlicher Grund ist sicher auch, dass die direkten Kinderkosten mit jährlich 11`000 Franken pro Kind hoch zu Buche schlagen. Wussten sie, dass mindestens 250`000 Kinder in der Schweiz unter und eine halbe Million Kinder knapp über der Armutsgrenze leben? Es erstaunt deshalb nicht, dass unserem Land der Nachwuchs fehlt. Der Staat müsste eigentlich alles Interesse daran haben, die Familien zu unterstützen. Die von uns, der SP, vorgeschlagene Familienförderung kostet jedoch Geld und dies wird, obwohl bewiesenermassen nötig, von den bürgerlichen Parteien, zu Lasten eben dieser eingespart. Kinder sind jedoch nicht einfach eine Investition, die sich rein finanziell lohnen sollte, sprich billig arbeiten und unsere Renten später übernehmen. Es

besteht zudem auch die Gefahr, dass traditionelle Familienwerte aus unkontrollierten Sparüberlegungen heraus, verkümmern.

Ich komme zum Schluss;

Unsere SP- Politik, vorab die Sozial- und Familienpolitik zeigt und führt in eine lebenswerte Zukunft, auch in dieser Zeit des Umbruchs. Sie vermittelt auch Hoffnung und den Glauben an mehr Gerechtigkeit, an Frieden und an ein menschwürdiges Dasein. Für das steht die SP ein und von diesem Weg, sollten wir uns, geschätzte Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratischen Partei, auch in Zukunft, trotz aller Sparhysterie, oder gerade deshalb, nicht abbringen lassen. Bleiben wir also auf sozialdemokratischem Kurs. Denn diese Richtung ist die richtige.

Ich danke euch fürs zuhören.

***Roland Agustoni
Grossrat
4312 Magden***